

Stichwort: Grundeinkommen



Eine Dokumentation der **KPO**

KPÖ-Bundesvorstand, Drechslergasse 42, 1140 Wien, Telefon +43 (1) 503 65 80-0, Fax +43 (1) 5036580/499, Mail bundesvorstand@kpoe.at, Web www.kpoe.at, Ausgabe vom 15.12.2006

Es ist genug für alle da

Diskussionspapier über ein bedingungsloses und existenzsicherndes Grundeinkommen

Warum wird über ein Grundeinkommen diskutiert?

Mit dem Übergang vom fordistischen zum neoliberalen Kapitalismus sind ein hohes Niveau von Massenarbeitslosigkeit und gleichzeitig eine wachsende Prekarisierung zum Normalzustand geworden. Der klassische „Normalarbeiter“ ist immer weniger typisch und daher kein ausreichender Maßstab für linke Politik.

Auch Vollbeschäftigung im Sinne von Vollzeitarbeit mit entsprechendem Verdienst und sozialer Absicherung – die es unter Berücksichtigung der fast ausschließlich von Frauen geleisteten unbezahlten Hausarbeit, Pflege, Kinderbetreuung etc. genau genommen nie wirklich gegeben hat – wird immer weniger, weil neben der Verlagerung arbeitsintensiver Bereiche in Billiglohnländer immer mehr Menschen von Teilzeitarbeit, geringfügiger Beschäftigung, Werkverträgen, Beschäftigung als freie DienstnehmerInnen, Scheinselbständige usw. leben müssen oder wollen. Deutlich wird dies etwa auch dadurch, dass bereits mehr als die Hälfte der Selbständigen in Ein-Personen-Unternehmen tätig sind.

Das alles passiert vor dem Hintergrund einer enorm wachsenden Produktivität, weil immer mehr menschliche Arbeit durch Maschinen ersetzt wird. Die durch Rationalisierung gewonnene Zeit kommt den Menschen aber nicht durch mehr Freizeit und kürzere Arbeitszeit zugute, sondern schlägt sich in Form einer Massenarbeitslosigkeit nieder. Auch schafft diese Verteilung der Produktivitätsgewinne eine immer ungerechtere Verteilung von Einkommen und Vermögen.

Während Löhne, Gehälter und Pensionen stagnieren und die Schere zwischen Männer- und Frauenverdiensten weit auseinanderklafft, explodieren Profite, Dividenden und Vermögen. Während die Lohnquote seit gut zwei Jahrzehnten laufend sinkt, steigt der Anteil von Kapital und Vermögen am Volkseinkommen. Während ein Teil der Beschäftigten ständig Überstunden leisten muss - mit dem Ergebnis dass Österreich die höchste reale Wochenarbeitszeit der EU aufweist – ist die Zahl der Erwerbsarbeitslosen enorm gestiegen. Immer mehr lohnarbeitende Prekarisierte – betroffen sind vor allem Frauen – müssen mehr als einen Job ausüben, um genug zum Leben zu haben oder wursteln sich von einem zeitlich begrenzten Projekt zum nächsten.

Die Folge dieser Entwicklung ist eine wachsende Prekarisierung verbunden mit steigender Armut, von welcher immer mehr Menschen betroffen sind. Gearbeitet wird aber unabhängig von Lohnarbeit, die eigentlich nur das Mittel zum Zweck darstellt. Vorrangig brauchen die Menschen nämlich nicht Arbeit, sondern Geld zum Leben, das ihnen durch Lohnarbeit immer weniger ermöglicht wird. Vor diesem Hintergrund wurde in den letzten Jahren die Diskussion um ein Grundeinkommen in den sozialen Bewegungen neuerlich aufgegriffen.

Was kann ein Grundeinkommen bringen?

Das wesentliche Motiv für ein Grundeinkommen ist, allen Menschen die Chance auf ein menschenwürdiges Leben unabhängig vom eventuellen Verlust der traditionellen Einkommensquelle durch Lohnarbeit zu verschaffen. Damit stellt ein Grundeinkommen eine Maßnahme gegen die zunehmende Armut dar und ist eine adäquate Antwort auf die wachsende Prekarisierung.

Gleichzeitig soll ein Grundeinkommen gewisse Zwänge wie etwa Auflagen des AMS, Rückzahlungspflichten bei Sozialhilfe etc. aufheben, durch welche die Empfänger unweigerlich in die Rolle von BittstellerInnen gezwungen werden. In diesem Sinne würde ein Grundeinkommen das Selbstwertgefühl der Menschen heben und auch mehr Freiraum zur Mitgestaltung des demokratischen Gemeinwesens schaffen.

Durch ein bedingungsloses und existenzsicherndes Grundeinkommen würde die Möglichkeit geschaffen, die Annahme schlecht bezahlter, krankmachender Arbeiten oder unzumutbarer Arbeitsbedingungen zu verweigern. Dadurch würde auch ein Druck für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen entstehen, weil sonst niemand diese Arbeiten machen würde. Somit würde die permanente kapitalistische Rationalisierung etwas von ihrem Schrecken in Form von Arbeitsplatzverlust usw. verlieren und damit auch die Lohnabhängigen und im weiteren Sinne die Gewerkschaften stärken.

Ein Grundeinkommen würde auch zur Sicherung der Kaufkraft für die gesamte Bevölkerung beitragen und damit die seit Jahren durch stagnierende oder sogar sinkende Löhne, Gehälter und Pensionen zurückbleibende Binnennachfrage beleben. Ähnlich dem Fordismus, der darauf beruhte, dass die hergestellten Produkte auch gekauft werden müssen und dafür entsprechende Einkommen notwendig sind würde ein Grundeinkommen somit auch zur Wirtschaftsentwicklung beitragen. Auch würde ein Grundeinkommen mehr Entfaltungsmöglichkeiten für Bildung, Eigeninitiative, Kreativität und Spontaneität bringen. Viele Menschen könnten sich damit auch Tätigkeiten unabhängig von kapitalistischen Zwängen im Sinne einer solidarischen Ökonomie widmen.

Was muss ein Grundeinkommen erfüllen?

Seine Funktion erfüllt ein Grundeinkommen nur dann, wenn es bedingungslos und existenzsichernd ist. Es muss für alle im Land lebenden Menschen gleich und ausreichend zur Befriedigung wesentlicher Lebensbedürfnisse sein und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sichern. Ein ganz wesentlicher Punkt ist, dass ein solches Grundeinkommen ohne Bedingungen und Auflagen erfolgt. Daher weist ein Grundeinkommen über andere aktuell diskutierte Modelle wie einer bedarfsorientierten Grundsicherung etc. hinaus, weil diese Maßnahmen stets auf bestimmten Auflagen und damit Zwängen einer repressiven Bürokratie basieren.

Ein Grundeinkommen ist eine Gegenposition zur Politik von Sozialabbau, Privatisierung und dem Dogma der Regelung durch den Markt, die durch fiskalische Maßnahmen wie die Maastricht-Kriterien für eine nachhaltige Budgetpolitik und den Euro-Stabilitätspakt erzwungen werden. Ein Grundeinkommen stellt auch eine Gegenposition zur laufenden Entsolidarisierung und dem neoliberalen Credo einer Ellbogengesellschaft der Konkurrenz aller gegen alle und dem Marktdogma dar, welches behauptet, nur ein Billiglohnsektor könne die Arbeitslosigkeit verringern.

Worauf ist bei einem Grundeinkommen zu achten?

Ausgehend vom Leitsatz „Von Arbeit muss man leben können – und ohne Arbeit auch“ können Maßnahmen wie Arbeitszeitverkürzung, Mindestlöhne, Anhebung von Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld auf die offizielle Armutsgrenze, ja sogar bedarfsorientierte Grundsicherung (allerdings ohne ihre repressiven Begleitmaßnahmen wie derzeit von SPÖ und ÖVP geplant) Schritte zu einem Grundeinkommen darstellen. Auch wenn ein Grundeinkommen als Ziel verfolgt wird, bedeutet dies nicht, dass wir nach dem Motto „Alles oder nichts“ andere Maßnahmen deswegen ablehnen.

Die Finanzierung eines Grundeinkommens muss durch eine entsprechende Steuerpolitik erfolgen, die wiederum auf der enorm steigenden Produktivität basieren muss. Die Steuerleistung des Kapitals muss so hoch sein, dass daraus ein Grundeinkommen für alle Menschen finanziert werden kann und somit ein menschenwürdiges Leben möglich ist. Darüber hinaus finden weiterhin der Kampf um entsprechende Löhne, Gehälter oder Pensionen entsprechend Qualifikation, Versicherungszeiten etc. sowie der Kampf für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich statt.

Die Höhe eines Grundeinkommens als Maßstab für ein menschenwürdiges Leben ist auch insofern wichtig, als es auch neoliberale Modelle von Kapitaleseite gibt, welche mit einem Grundeinkommen darüber hinausgehende Sozialtransfers (Gesundheit, Pension, Unfall, Arbeitslosigkeit, Kindergeld etc.) ersetzen oder Lohndumping betreiben wollen.

Welche Einwände gibt es gegen ein Grundeinkommen?

Der Haupteinwand gegen ein Grundeinkommen lautet, dass damit niemand mehr arbeiten will und das „Sozialschmarotzertum“ unterstützt wurde. Damit wird gezielt verdrängt, dass derzeit die Besitzer großer Vermögen meistens nicht selber arbeiten sondern ihren Müßiggang als Lifestyle rechtfertigen und zudem immer weniger Steuern zahlen. Hinter dieser Befürchtung steht ein von Kirche und Kapital propagiertes und historisch überwiegend mit Zwang durchgesetztes Arbeitsethos nach dem biblischen Motto „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“, das leider auch vielfach von der ArbeiterInnenbewegung kritiklos übernommen wurde.

Arbeit ist nicht grundsätzlich und ausschließlich mit Lohnarbeit gleichzusetzen. Ein großer Teil der Arbeit erfolgte immer schon unbezahlt durch Frauen (Hausarbeit, Pflege, Ehrenamt, Kinderbetreuung...), gehört aber mit zum Grundbedürfnis nach Gestaltung des eigenen Lebens und der Welt. Die Gleichsetzung von Grundeinkommen mit „Nichtarbeit“ wird deshalb auch der Wirklichkeit nicht standhalten. Arbeit ist auch nicht generell sinnvoll und nützlich, sie kann auch destruktiv sein, wie etwa in der Rüstungsindustrie.

Einwände die unter „sozialistischen“ Vorzeichen gemacht werden, dass auch eine sozialistische Gesellschaft sich nur mittels Arbeit reproduzieren und sich deshalb kein Grundeinkommen leisten könne, weshalb es auch unter kapitalistischen Bedingungen abgelehnt werden müsse, hängen der Vorstellung nach, Sozialismus bedürfe des Arbeitszwangs. Sozialismus beseitigt aber zunächst das Privileg, auf Grund des Besitzes von Nichtarbeit leben zu können.

Was gilt grundsätzlich zur Debatte über ein Grundeinkommen?

Im Artikel 25, Absatz 1 der UNO-Menschenrechtsdeklaration heißt es: „Jeder Mensch hat Anspruch auf eine Lebenshaltung, die seine und seiner Familie, Gesundheit und Wohlbefinden, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Betreuung und der notwendigen Leistungen der sozialen Fürsorge gewährleistet; er hat das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität, Verwitwung, Alter oder von anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände.“ Davon abgeleitet gibt es ein elementares Recht auf Arbeit und Einkommen für alle Menschen das keineswegs an Pflichten gebunden ist.

Demzufolge ist ein menschenwürdiges Leben und die Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum ein elementares Menschenrecht. Wenn von Gegenleistung und Pflichten die Rede ist, sind das unter kapitalistischen Bedingungen immer Pflichten gegenüber dem Kapital als Eigentümer der Produktionsmittel, dem die Lohnabhängigen nur ihre Arbeitskraft als Ware entgegenhalten können. Die Lohnarbeit als solche schafft aber keine soziale Sicherheit, diese wurde stets nur

durch politische Kämpfe erreicht und wird jetzt unter neoliberalen Bedingungen sukzessive wieder abgebaut.

Wie ein Grundeinkommen durchsetzen?

Das „Kerngeschäft“ der Gewerkschaften ist der Kampf um höhere Löhne. Daher will das Kapital unter den Bedingungen des neoliberalen Kapitalismus zur Profitmaximierung den über hundert Jahren erkämpften Einfluss der Gewerkschaften zurückdrängen. Die Forderung nach einem Grundeinkommen stärkt dagegen die Gewerkschaften, deren Verhandlungsmacht durch wachsende Arbeitslosigkeit und Prekarisierung geschwächt wird.

Ein Grundeinkommen ist kein fertiges Rezept, sondern eine Orientierung, zu welcher ein entsprechender Diskussionsprozess, verbunden mit einer ideologischen Auseinandersetzung mit der neoliberalen Marktlogik, notwendig ist. Bislang ist das Wissen über die Bedeutung jedoch viel zu wenig verankert und daher noch nicht mehrheitsfähig. Dieser Prozess beginnt mit einer entschiedenen Zurückweisung von Lohndruck, Sozialabbau und Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Erhaltung und des Ausbaus sozialer Rechte und der öffentlichen Grundversorgung.

In einer von einem gnadenlosen Standortwettbewerb des Kapitals bestimmten globalisierten Welt werden einzelstaatliche Lösungen immer weniger möglich. So wie die Abwehr der Angriffe auf soziale Errungenschaften zunehmend eine verstärkte internationale Kooperation von Gewerkschaften, Sozialbewegungen und Linksparteien erfordert, ist auch die Durchsetzung sozialer Rechte wie eines Grundeinkommens in wachsendem Maße nur als internationale Bewegung möglich. Die Debatte über ein bedingungsloses und existenzsicherndes Grundeinkommen ist daher als Teil einer nationalen wie internationalen Bewegung zu verstehen.

Was kann ein Grundeinkommen nicht leisten?

Das kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem basiert auf dem Verhältnis zwischen Lohnarbeit und Kapital. Ein Grundeinkommen hebt die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse und das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital nicht auf. Es stellt nur eine modifizierte und den heutigen Entwicklungen angepasste Form der Umverteilung des in der Produktion geschaffenen Mehrwerts dar.

Somit handelt es sich dabei um eine soziale Reform, ein Grundeinkommen allein bedeutet noch keine revolutionäre Veränderung. Es gilt, was für jede soziale Verbesserung gilt: In der Auseinandersetzung mit dem kapitalistischen System können die Kräfte zu seiner Überwindung wachsen. Die grundsätzliche Infragestellung des kapitalistischen Systems und das Ziel seiner Überwindung in Richtung einer gerechteren Gesellschaft bleiben für die KPÖ unabhängig von einem auch unter kapitalistischen Verhältnissen möglichen Grundeinkommen aufrecht. Die Utopie einer anderen, sozial gerechteren Gesellschaft würde jedoch durch ein Grundeinkommen einen wichtigen Impuls erhalten.

KPÖ-Bundesausschuss 7. Dezember 2006

Zwei Drittel würden gewinnen

Mittwoch, 6. Dezember 2006 @ 15:22



Katja Kipping, stellvertretende Vorsitzende der Linkspartei.PDS, über Vollbeschäftigung, Kommunismus und den besonderen Charme eines bedingungslosen Grundeinkommens

Jean-Claude Juncker, Luxemburgs Ministerpräsident, hat sich in der vergangenen Woche zu einem Grundeinkommen bekannt. Bei den Grünen und der FDP mehren sich die Stimmen, die eine neue Art gesellschaftlicher Grundsicherung verlangen - als gemeinsames Großprojekt für eine künftige „Jamaika-Koalition“ gemeinsam mit der CDU. Statt alte Illusionen zu pflegen, sollte die Linke in dieser Diskussion ihr Profil schärfen, mahnt Katja Kipping. Die Debatte wird fortgesetzt.

Wer steht Ihnen politisch näher, der Christdemokrat Dieter Althaus, der ein Grundeinkommen vorschlägt, oder der Sozialist Oskar Lafontaine, der mehr soziale Gerechtigkeit auf herkömmlichem Wege erreichen will?

Über alle politischen Lager hinweg wird gegenwärtig die Idee des Grundeinkommens diskutiert. Das ist ein großer Fortschritt, der noch vor einem Jahr kaum möglich schien. Wenn dann, hoffentlich bald, nicht mehr über das „Ob“, sondern nur noch über das „Wie“ eines Grundeinkommens gesprochen wird, werde ich mich mit Oskar Lafontaine schneller einigen können als mit Dieter Althaus.

Bis dahin ist es auch innerhalb der Linken noch ein weiter Weg.

Bei vielen Linken gibt es immer noch die Vorstellung, dass nur derjenige etwas leistet, der einer Erwerbsarbeit nachgeht. Das ist völlig absurd. Für die Gesellschaft unverzichtbar sind auch andere Tätigkeiten, wie Erziehungsarbeit, ehrenamtliches oder politisches Engagement, die bisher nicht entlohnt werden. Falsch ist auch der Glaube, dass Erwerbsarbeit automatisch sinnvoll und nützlich sei. Denken Sie an die Rüstungsindustrie oder an Produktionsprozesse, die unsere Umwelt schwer belasten. Ebenso irreführend ist das Argument, beim Grundeinkommen gehe es um Schlaraffenland und wilden Konsum, wie Ulrich Busch im Freitag geschrieben hat. Mit 1.000 Euro im Monat landet man nicht im Schlaraffenland. Allen Menschen ein Mindestmaß an gesellschaftlicher Teilhabe zu ermöglichen - darum geht es.

Wenn im Modell von Althaus die finanzielle Ausstattung nicht auf dem Niveau von Hartz IV läge, sondern höher ausfallen würde, dann müssten Sie sich doch fragen, ob Sie noch in der richtigen Partei sind.

Nein. Neben der Höhe der Zahlung gibt es zu Althaus einen weiteren Dissens. Er will sämtliche Sozialsysteme außer der Krankenkasse durch ein Grundeinkommen ersetzen. Ich will keinen kompletten Ersatz, sondern eher eine Ergänzung der heutigen sozialen Sicherung. Außerdem sind wir die erste Partei, die ein bedingungsloses Grundeinkommen zumindest als diskussionswürdige Option in ihre programmatischen Eckpunkte aufgenommen hat.

Mehrheitlich aber wird sowohl in der Linkspartei.PDS als auch in der WASG ein anderes Reformszenario befürwortet. Umverteilung von oben nach unten, Stärkung der Massenkaukraft, Arbeitszeitverkürzung und mehr öffentliche Beschäftigung - das sind die üblichen Stichworte. Warum gehen Sie diesen Weg nicht mit?

Auch ich streite dafür, dass die vorhandene Erwerbsarbeit besser verteilt wird und dass wir mehr öffentliche Beschäftigung durchsetzen. Ich glaube aber nicht, dass die klassische Vollbeschäftigung wieder möglich ist. Weder die wirtschaftliche Entwicklung noch der Zustand

der deutschen Politik stützen diesen Glauben. Wie wollen wir die Erwerbsarbeit grundlegend reformieren oder einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor hinreichender Größe durchsetzen, wenn zur Zeit selbst kleinste Notreparaturen, wie die Erhöhung der Hartz IV-Regelsätze auf 420 Euro, keine parlamentarischen Mehrheiten finden? Viel wahrscheinlicher ist, dass die Idee des Grundeinkommens allmählich die Massen ergreift und zur materiellen Gewalt wird. Wenn das in der Bevölkerung mehrheitsfähig ist, vertraue ich einfach auf den Opportunismus der Parteien, die sich dieses Projekt dann auch zu eigen machen.

Sie haben Zahlen genannt: 475 Euro für alle Kinder bis zum 16. Lebensjahr und 950 Euro für alle Bürgerinnen und Bürger jenseits dieser Altergrenze. Das bringt Gesamtkosten in Höhe von rund 850 Milliarden Euro allein für das bedingungslose Grundeinkommen. Auch wenn im Gegenzug manche staatliche Leistungen entfallen, bleibt ein gewaltiges, zusätzliches Finanzierungsvolumen. Haben Sie sich schon mal überlegt, mit wem Sie ein solches Programm durchsetzen wollen?

Die Staatsquote, also der Anteil aller umverteilten Steuern und Abgaben, würde in der Tat erheblich steigen - von heute unter 50 Prozent auf dann mehr als 70 Prozent. Das klingt dramatisch. Aber man muss sich auf der anderen Seite klar machen, dass sich für zwei Drittel der Gesellschaft die finanzielle Situation eher verbessern würde. Nur das reichste Drittel wäre stärker belastet als heute. Der besondere Charme eines vernünftig ausgestatteten Grundeinkommens besteht ja gerade darin, dass es nicht nur für marginalisierte, stigmatisierte Gruppen gut ist, sondern auch für die von Abstiegsangst betroffene Mitte der Gesellschaft. Selbstständigkeit im Sinne des Ausprobierens neuer Tätigkeiten wird für mehr Menschen möglich, weil sie wissen, dass sie, im Falle des Scheiterns, nicht ins Bodenlose fallen. Selbst für Beschäftigte würde sich die Situation verbessern, weil sie in Verhandlungen nicht mehr so erpressbar wären. Überstunden und schlechte Bezahlung werden heute akzeptiert, weil im Hintergrund Hartz IV lauert. Mit einem bedingungslosen Grundeinkommen wird eine gewisse „Waffengleichheit“ zwischen Unternehmen und Beschäftigten erst möglich. Es gibt also sehr viele Menschen, die profitieren würden. Und deshalb sollte ein bedingungsloses Grundeinkommen auch durchsetzbar sein.

Trotzdem muss die Produktivitätsmaschine Kapitalismus gut geschmiert bleiben. Sonst bricht die Basis weg, die ein bedingungsloses Grundeinkommen erst ermöglicht. Deshalb sollte man sich sehr genau überlegen, was dem oberen Drittel der Gesellschaft und den Unternehmen zuzumuten ist. Im Zweiten Weltkrieg wurden die Unternehmensgewinne in den USA zu 90 Prozent vom Staat kassiert. Ob das in Friedenszeiten geht, ist zumindest zweifelhaft.

Bei keiner Reform kann man die Nebenwirkungen exakt voraussehen. Aber selbst diejenigen, die finanziell stärker belastet werden als heute, hätten einen nicht zu unterschätzenden Vorteil. Sie leben dann in einer humaneren, lebenswerteren Gesellschaft. Insofern sollte man das bedingungslose Grundeinkommen immer auch als Demokratiepauschale begreifen, als Unterpfand für ein vitales, kreatives Gemeinwesen, in dem nicht mehr die Einkommensunterschiede alles bestimmen. Selbst die gut ausgebildeten Leute erleben doch zumindest in ihrem Umfeld, was Arbeitslosigkeit und Armut bedeuten können. Natürlich haben wir jetzt keine Kriegszeit, jedenfalls nicht militärisch. Aber was die soziale Situation anbelangt, von Friedenszeiten zu sprechen, ist vielleicht auch etwas euphemistisch. Denn die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Angst vor Arbeitslosigkeit hat längst die Mittelschichten erfasst. Millionen, die noch einen Job haben, betreiben wegen der wahnwitzigen Arbeitshetze Raubbau an sich selbst und an ihren Familienverhältnissen. Auf Dauer zerstört all das die Gesellschaft.

Eben deshalb wurde von Sozialisten in früheren Zeiten eine andere Gesellschaft gefordert. Nicht die Erträge des Kapitals sollten mit einem Grundeinkommen vergesellschaftet werden, sondern das Kapital selbst.

In der DDR wurde bis 1989 gesagt, dass wir in der Übergangsphase zum Kommunismus mehr

leisten müssen, damit es uns morgen besser geht. Statt Kommunismus kam dann aber die Wende und mit ihr die Massenarbeitslosigkeit. Heute wird wieder ganz ähnlich gepredigt - dass zuerst das Tal der Tränen zu durchschreiten ist, damit dann später Vollbeschäftigung herrscht. Anstatt solche unsicheren Heilsversprechen zu verbreiten, kämpfe ich lieber für Veränderungen, die im hier und heute die Lebenssituation der Menschen verbessern und gleichzeitig das Potenzial haben, zu einem Brückenkopf für eine andere Gesellschaft zu werden. Ob sich ein bedingungsloses Grundeinkommen irgendwann als trojanisches Pferd, als Einstieg in eine insgesamt andere Gesellschaft erweist, werden wir sehen. Auf jeden Fall ist es eine gute Voraussetzung, um neue Formen des solidarischen Wirtschaftens und des Lebens zu erproben.

Das Gespräch führte Hans Thie

Freitag, Nr. 48 vom 01.12.2006

[0 Kommentar\(e\)](#)

<http://ooe.kpoe.at/news/article.php/20061206152253785>

Miese Arbeit, wenig Geld

Wer geht bei einem Grundeinkommen noch arbeiten? Karl Reitter über die virulente Debatte.

Die aktuelle Forderung von SPÖ und ÖVP nach etwa 800 Euro Grundsicherung hat mit dem Grundeinkommen nichts zu tun. Das Grundeinkommen ist bedingungslos an alle in existenzsichernder Höhe auszuzahlen, unabhängig von Geschlecht, Staatsbürgerschaft und – vor allem – von der Bereitschaft eine Lohnarbeit aufzunehmen. Die Grundsicherung der SPÖ ist jedoch an die Bereitschaft geknüpft jede Arbeit, sei sie noch so schlecht bezahlt und miese, zu akzeptieren.

Die öffentlich geführte Debatte um das Thema Grundsicherung ist ein wahres Lehrstück der politischen Auseinandersetzung. Obwohl der SPÖ Vorschlag den Zwang zur Lohnarbeit beinhaltet, geifert die ÖVP gegen ein Einkommen ohne Lohnarbeit. Der ÖAAB Niederösterreich investiert sein Geld sogar in eine Inseratenkampagne mit folgenden markigen Sprüchen: „800 Euro Grundsicherung im Monat? Gut gemeint. Aber doch nicht ohne Arbeit! 800 Euro Grundsicherung jeden Monat, und das netto? Wozu geht unsereins dann arbeiten?“ Dazu kommt der Standardsatz: „Den Armen müssen wir helfen. Den Faulen nicht.“

Woher diese Angst? Warum diese Demagogie? Sehen wir uns diese Sprüche näher an: Arbeit wird einmal mit Erwerbsarbeit gleichgesetzt. Die zahlreichen Tätigkeiten, die unbezahlt und unentlohnt tagtäglich verrichtet werden und ohne die unsere Gesellschaft rasch zusammenbrechen würde, diese Arbeit wird erneut verleugnet. Weiters wird der Neidkomplex mobilisiert: Wenn ich für eine miese Arbeit wenig Geld bekomme, warum soll es anderen dann besser gehen? Und drittens wird die Arbeitspflicht auf jene eingeschränkt, die so und so zur Lohnarbeit gezwungen sind. Mit „den Faulen“ sind wohl kaum

die BezieherInnen eines arbeitslosen Einkommens aus Geld-, Aktien- oder Grundbesitz gemeint.

Aber geht es wirklich um die Sorge, bei einem Grundeinkommen würden wir alle keinen Finger mehr rühren? Selbstverständlich nicht. Menschen sind aktive, tätige Wesen. Zum Nichtstun verurteilt zu sein, halten wir nach kurzer Zeit schwer aus. Es geht um die von Arbeitsmarkt und Profitlogik diktierten Bedingungen der Arbeit. Wer diese ablehnt soll als faul und parasitär abgestempelt werden. Aus diesem Zwang darf es kein Entkommen geben. Es ist wirklich lehrreich: obwohl die Grundsicherung á lá SPÖ am Erwerbsarbeitszwang festhält, genügt offenbar allein der Schatten der Idee der Selbstbestimmung um die Repräsentanten des Kapitals in Aufruhr zu versetzen. Selbst die vage Möglichkeit, die Grundsicherung könnte Lücken eröffnen, die den Lohnarbeitszwang relativieren, ist offenbar eine Inseratenkampagne wert.

Die Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens wird Arbeit vielfältig umschichten. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird das Grundeinkommen eine Reihe von gegenläufigen und sich kompensierenden Prozessen auslösen: ganz miese und üble Arbeiten werden wohl besser bezahlt werden müssen, intensives Mobbing wird zweifellos massiv erschwert, einige werden aus der Lohnarbeit aussteigen, dagegen werden interessante und befriedigende Arbeiten auch bei schwacher Entlohnung gerne angenommen. Weiters werden ökonomische Projekte, die derzeit über den Markt nicht (oder nur schwer) finanzierbar sind, aufblühen und nicht an Geld gebundene ökonomische Aktivitäten zunehmen.

Aber darum geht es bei der Frage „Wer wird dann noch arbeiten gehen“ gar nicht. Denn sie lautet in Wirklichkeit: „wer wird dann noch bereit sein, sich dem Zwang zur Lohnarbeit mit allen Konsequenzen bedingungslos zu unterwerfen.“ Und da hoffen wir: niemand.

Café KPÖ, Nummer 14, Dezember 2006

Warum die Diskussion um ein Grundeinkommen so schwer in Gang kommt

Montag, 6. März 2006 @ 13:52



Von Franz Fend

Arbeite nur, wenn du das Gefühl hast, es löst eine Revolution aus (Joseph Beuys)

Wir bekommen es seit frühester Kindheit eingehämmert. Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen. Der paulianische Drohruf gegen die Korinther ist längst zur Volksweisheit geronnen. Weit und breit niemand, der dem was entgegengesetzen wollte. Schon die kindlichen literarischen Erfahrungen weisen den Weg:

Im Märchen von der Frau Holle wird jene junge Frau, die das Brot aus dem Ofen holt, das Fallobst klaubt und die Betten untertänig und ohne Murren macht, mit Gold überhäuft. Welche Lüge, denn noch niemand ist mit Gold überhäuft worden wenn er/sie der Erwerbsarbeit nachgegangen ist. Die Strafen in diesem Märchen hingegen sind wesentlich glaubhafter. Jene junge Frau, die sich der vorherrschenden Arbeitsmoral widersetzt hat, wird mit Pech übergossen, das sie ihr ganzes Leben nicht mehr von ihrem Leib herunterbekommt. Sie ist stigmatisiert. Gezeichnet fürs Leben. Dass der Freiherr von Knigge etwa zur selben Zeit schulmeisterlich: „Sei pünktlich, ordentlich, arbeitsam, fleißig in deinem Beruf!“, passt genau ins Bild.

Mieser Charakter

Der Hausphilosoph des Deutschen Nationalismus und der Romantik, Johann Gottlieb Fichte wies den Arbeitsunwilligen in seinen Reden an die deutsche Nation gleich besondere Charaktereigenschaften zu: „Man erkundige sich nur näher nach den Personen, die durch ehrloses Betragen sich auszeichnen! Immer wird man finden, dass sie nicht arbeiten gelernt haben oder die Arbeit scheuen.“ Aber was soll's, Trägheit, Faulheit und Müßiggang sind schon längst zur Todsünde namens Acedia erklärt worden und im jüngsten Katechismus der Katholischen Kirche ist auch der Hinweis zu finden, dass die Sünderinnen, welche diese Todsünde begehen besonders starken Schaden nehmen. Und der Waldbauernbub Rosegger belehrte zeigefingerwackelnd, „Wer nicht schon in der Arbeit Genugtuung findet, der wird nie zur Zufriedenheit gelangen.“

Marx missverstanden

Dass sich das gesellschaftliche Zwangsprinzip Arbeit in den Köpfen dermaßen durchgesetzt hat, daran sind nicht nur die Konservativen aller Länder schuld. Die Arbeiterbewegung, die allzu oft eine Bewegung für die Arbeit gewesen ist, tat ihren Teil dazu. Nicht die Marxsche Arbeiterbewegung, denn dieser wusste und schrieb dies in seiner opulenten Kapitalismusanalyse „Das Kapital, Band III“: „Das Reich der Freiheit beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört; es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion.“ Anders war es schon bei Lenin. Nachdem die sozialistische Revolution im Armenhaus Europas durchgeführt worden ist, hatte die hedonistische Ausrichtung der Arbeiterbewegung wie sie Marx skizzierte, keine Chance mehr. Lenin hielt „den russischen Menschen“ für einen schlechten Arbeiter und forderte im Aufsatz, „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“: „Man muss in Russland das Studium des Taylorsystems, die Unterweisung darin, seine

systematische Erprobung und Auswertung in Angriff nehmen.“

Herrschende Klasse am Fließband?

Der Paradigmenwechsel ist evident. Waren die herrschenden Klassen von den Sklavenhaltern über die Aristokraten bis hin zu den Bourgeois bis dato jene, die nicht arbeiten mussten, so wurde die Arbeiterklasse, die durch die Revolution an die Macht gekommen sein soll, an die Fließbänder in die Fabriken gezwungen. Stachanow-Bewegung und Helden der Arbeit sind beredtes Zeugnis dafür, dass es sich nicht um selbst bestimmte Tätigkeit handelte, sondern um ein Zwangsverhältnis, das Marx folgendermaßen beschrieb: „Der Arbeiter fühlt sich daher erst außer der Arbeit bei sich und in der Arbeit außer sich. Zu Hause ist er, wenn er nicht arbeitet, und wenn er arbeitet ist er nicht zu Haus. Seine Arbeit ist daher nicht freiwillig, sondern gezwungen, Zwangsarbeit. Sie ist daher nicht die Befriedigung eines Bedürfnisses, sondern sie ist nur ein Mittel, um Bedürfnisse außer ihr zu befriedigen. Ihre Fremdheit tritt darin rein hervor, dass sobald kein physischer oder sonstiger Zwang existiert, die Arbeit als eine Pest geflohen wird.“

Wohl gemerkt, es geht bei dieser Debatte nicht darum, dass Menschen sich tätig aufeinander beziehen, dass sie ihre natürliche und gesellschaftliche Umwelt verändern und gestalten. Dass sie Dinge herstellen, Musik machen, Bücher schreiben, Theater spielen, Häuser bauen, Wissenschaft treiben. Das wird es immer geben. Es geht hier um eine Kritik daran, dass die „pure Verausgabung von Arbeitskraft, ohne jede Rücksicht auf ihren Inhalt, ganz unabhängig von den Bedürfnissen und vom Willen der Beteiligten, zu einem Abstrakten Prinzip erhoben wird“, das sämtliche menschlichen Beziehungen beherrscht, wie dies die Krisis Gruppe in ihrem Manifest gegen die Arbeit proklamierte.

Sakrileg Müßiggang

Ist schon die Verweigerung des herrschenden Arbeitsethos ein Sakrileg, ist die Rede und noch mehr die Praxis des Müßiggangs Staatsstreich, Meuterei, Umsturz, Verschwörung in einem. Schon Nietzsche stieß es sauer auf, dass Arbeit immer mehr alles gute Gewissen auf ihre Seite bekäme. „Ja es könnte so weit kommen“, beklagte er, „dass man einem Hange zur vita contemplativa (das heißt zum Spaziergehen mit Gedanken und Freunden) nicht ohne Selbstverachtung und schlechtes Gewissen nachgäbe.“ Es ist so weit gekommen.

Der frühere Kanzler Gerd Schröder (wir wollen einen Sozialdemokraten an der Macht zitieren, denn als Oppositionelle verstellen sie sich immer) sagte es deutlich heraus, als er mit dem Harz IV Programm den Kampf gegen die Arbeitslosen final verschärfte. „Es gibt kein Recht auf Faulheit in unserer Gesellschaft.“, drohte er in der Bildzeitung jenen, die sich Alternativen zu kapitalistischen Verwertungszwang vorstellen konnten. Sein Intimfeind Oskar Lafontaine schlug in die gleiche Kerbe: „Das von Paul Lafargue geforderte Recht auf Faulheit war kein Plädoyer, sich in die soziale Hängematte zu legen.“ Und die Esoterik Spießerin und damalige Grün-Abgeordnete Barbara Rütting plärrte es ebenso heraus: „Nicht Recht zur Faulheit ist in unserer Gesellschaft angesagt, das geht auf Kosten der anderen, sondern Pflicht zum Fleiß.“

Raub, Mord und Erpressung

Hierzulande ist es nicht anders, hierorts kommen noch andere Gründe hinzu, warum Faulheit, Müßiggang und auch Grundeinkommen gar so verpönt sind. Das in dieser Stadt vorherrschende sozialdemokratische und arbeiterbewegungskommunistische Arbeitsethos, ja die Verliebtheit in die Arbeit ist ungebrochen. In der Textzeile „Der Internationalen“ „...die Müßiggänger schiebt beiseite...“ findet diese politische Haltung ihren Ausdruck. Linz, das sich immer mit Stolz geschwellter Brust Industriestadt nannte, möchte plötzlich keine mehr sein und nennt sich selber Kulturstadt. Das heißt nicht, dass man sich von der Religion der Arbeit verabschiedet hätte. Vielmehr scheint dem kollektiven Unterbewusstsein schön langsam zu dämmern, dass der Reichtum von Linz nicht Resultat des eigenen Arbeitseifer gewesen ist,

sonder das Resultat von Raub, Mord und Erpressung. Der zweite, wirklich große Industrialisierungsschub in Linz fand zur Zeit des Faschismus statt und die Herrmann Göring Werke und die Stickstoffwerken wurden zu einem wesentlichen Teil von Zwangsarbeitern errichtet. Weil die freudigen Ja-Schreier ihre Heimat in Stalingrad, Kursk und Leningrad verteidigen mussten.

Wie der akute Antisemitismus auch darauf beruht, dass in Wien beispielsweise kein Haushalt, der nicht gestohlenen, geraubtes, abgepresstes Eigentum von vertriebenen und ermordeten JüdInnen besaß, resultiert der Arbeitswahnsinn in Linz auch aus dem Verdrängen der Tatsache, dass der Reichtum der Stadt ein gestohlener, geraubter und abgepresster ist. Eine besonders aggressive Form von Verdrängung eben.

Oder doch ein Grundeinkommen?

Alles in Allem keine guten Voraussetzungen, der Forderung nach einem Grundeinkommen, die angesichts der zunehmenden Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse schnell auf die Tagesordnung sollte, Nachdruck zu verleihen. Ein Grundeinkommen das allgemein, existenzsichernd, personenbezogen, Arbeits-unabhängig, demokratisch sein muss, wie dies Lieselotte Wohlgenannt formulierte.

Das heißt ein Grundeinkommen für alle, ohne Kontrolle von Arbeitsfähigkeit, Arbeitswilligkeit, ohne Repressionen und Demütigungen seitens Arbeitsmarktservices. Es muss Existenz sichernd sein, das heißt die BezieherInnen dürfen nicht mit einem Armengeld, einem Bettel abgespeist werden. Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum wäre gefordert und nicht Teilhabe am Existenzminimum. Die Kostenfrage wird immer von den Gegnern eines Grundeinkommens gestellt. Sie sollte in einer der reichsten Gesellschaften leicht beantwortbar sein.

Es müsste frei sein von familiärer, pflegerischer Verpflichtung oder freiwilliger Arbeit oder Leistung, von Fortbildung oder Studienerfolg und ähnlichen Dingen, wie sie bei Anträgen von Sozialhilfe geprüft werden. Und ohne Berücksichtigung von familiären oder partnerschaftlichen Beziehungen, wie sie bei der Notstandshilfe (noch) geprüft und angerechnet werden. Und es setzte eine Residenzbürgerschaft voraus. Alle, egal woher sie kommen und aus welchem Grund sie hier sind müssten es erhalten.

Gewiss, ein Grundeinkommen ist eine Übergangsforderung, das Ziel muss immer noch die Überwindung der Arbeitsgesellschaft sein. Oder wie der Österreichisch-Französische Philosoph André Gorz es in seinem Buch „Arbeit zwischen Misere und Utopie“ es formulierte: „Ein allen garantiertes, ausreichendes soziales Grundeinkommen untersteht einer umgekehrten Logik: Es soll nicht mehr diejenigen, die es beziehen, zu jeder beliebigen Arbeit unter allen Umständen zwingen, sondern es zielt auf die Befreiung von den Zwängen des Arbeitsmarktes ab. Es soll ihnen ermöglichen ‚unwürdige‘ Arbeit und Arbeitsbedingungen abzulehnen...“

Quelle: Versorgerin, Nummer 69, März 2006

[0 Kommentar\(e\)](#)

<http://ooe.kpoe.at/news/article.php/20060306135254589>